

Das erste Wirtschaftsjahr nach dem Kriege

Autor(en): **Wyss, Edmund**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **38 (1946)**

Heft 10

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353257>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das erste Wirtschaftsjahr nach dem Kriege

Von Dr. E d m u n d W y s s.

Die Nachkriegszeit hat unserem Lande eine Hochkonjunktur gebracht, wie sie von wenigen Leuten und vor allem von den Sachverständigen niemals erwartet worden ist. Diese für die Schweiz ebenso vorteilhafte wie gefährliche Entwicklung muss als eigentliche Ueberraschung gewertet werden; denn sowohl theoretische Erwägungen als auch die Erfahrungen der Nachkriegszeit des ersten Weltkrieges liessen eine dem Abschluss der militärischen Operationen unmittelbar folgende kurze Krisenphase erwarten. Zwar folgte auch dem ersten Weltkrieg eine Periode der Hochkonjunktur, aber erst einige Monate nach Kriegsende, d. h. im Frühjahr 1919, während sich die Uebergangsperiode von der Kriegszur Friedenswirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg sozusagen reibungslos vollzog, obwohl die Schwierigkeiten, denen unser Land in bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln gegenüberstand, sehr viel grösser waren als vor 25 Jahren.

Verschieden ist auch die Grundlage der beiden Nachkriegskonjunkturen. Was die Dauer der gegenwärtigen Konjunktur anbelangt, so scheinen heute ebenfalls grundlegend andere Faktoren als damals vorzuliegen. Zugunsten einer längeren Nachkriegskonjunktur spricht der erheblich grössere Nachholbedarf und Wiederaufbau. Ueberdies enthielt die Konjunktur nach 1919 viel intensivere inflationistische Momente, einesteils wegen der gewaltigen Kriegsgewinne der Wirtschaft, dann aber auch wegen der durch die überhöhte Nachfrage angefachten, fast ungehemmten Preiserhöhungen, die infolge der mangelnden Preiskontrolle möglich waren; so herrschte in allen Ländern eine ausgesprochene Preisinflation.

Diesen allgemeinen Betrachtungen lassen wir nun die Entwicklung der einzelnen Teile der schweizerischen Wirtschaft folgen, wobei gelegentlich — als Vergleich und zur besonderen Charakterisierung der heutigen Lage — die wirtschaftlichen Daten nach dem ersten Weltkrieg angeführt werden.

G e l d - u n d K a p i t a l m a r k t.

In den Jahren nach 1918/19 war der schweizerische Geldmarkt gespannt. Die Ursache dafür waren u. a. die fortschreitende Preisverteuerung, die Valuta- oder Kompensationskredite, die reichliche Emissionstätigkeit, die ständige Marktbeanspruchung für Bundeszwecke; auch der erhöhte Steuerbezug des Bundes, der Kantone und Gemeinden blieb nicht ohne Einfluss.

Demgegenüber ist der Geldmarkt während und nach dem zweiten Weltkrieg durch seine Flüssigkeit charakterisiert. Selbst nach der Liberierung der Bundesanleihe im April dieses Jahres ist erneut eine Verflüssigung eingetreten, wenn auch die Zugänge an neuen Mitteln die durch die Anleihsenmission bewirkte Abschöpfung einstweilen nicht ganz zu kompensieren vermochte. In bescheidenem Umfang sind ferner dem Markt Mittel aus den Gold- und Devisenübernahmen der Notenbank zugeflossen. Hingegen ist der Notenrückfluss, der bisher zur Verflüssigung auf dem Geldmarkt wesentlich beigetragen hat, gegen Ende der Berichtszeit zum Stillstand gekommen. In den Monaten Juni/Juli 1946 überstiegen die Notenausgänge die Noteneingänge bereits wieder, was zur Hauptsache aus dem Ferien- und Reiseverkehr herrührt, der in diesem Zeitpunkt alljährlich grössere Notenbegehren nach sich zieht.

Die starke Verflüssigung des Kapitalmarktes wirkt sich weiterhin zinsermässigend aus. Dem Rückgang der Obligationenrendite Rechnung tragend, hat der Bundesrat für die im April aufgenommene Bundesanleihe einen Zinsfuss von $3\frac{1}{4}$ Prozent festgelegt, während für Titel gleicher Art bisher $3\frac{1}{2}$ Prozent galten. Die rückläufige Bewegung hat sich auch auf andern Sektoren des Kapitalmarktes durchgesetzt, indem Ende Mai das grösste schweizerische Hypothekarinstitut, die Zürcher Kantonalbank, und dann in kurzen Zeitabständen eine ganze Reihe von weiteren Instituten ihren Zinsfuss für erste Hypotheken um $\frac{1}{4}$ Prozent gesenkt haben, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Zinssätze für Spareinlagen. Der Rückgang der Zinssätze des Kapitalmarktes kommt in der auf Grund der Börsenkurse ermittelten Rendite von 12 massgebenden eidgenössischen Anleihen zum Ausdruck:

		Prozent
Jahresdurchschnitt	1942	3,15
»	1943	3,32
»	1944	3,27
»	1945	3,29
Ende Juni	1945	3,31
» Oktober	1945	3,26
» Dezember	1945	3,26
» März	1946	3,13
» Juni	1946	3,04
9. August	1946	3,03

Woraus erklärt sich dieser Rückgang der Obligationenrendite? Wenn trotz des Missverhältnisses zwischen Kapitalbedarf und Ersparnisbildung nicht — wie erwartet — eine Zinssatzsteigerung eintritt, sondern im Gegenteil die durchschnittliche Obligationenrendite sinkt, so ist dies auf zusätzliche Kreislaufmittel zurückzuführen, die in beträchtlichem Umfange zur Anlage in Investitionen verfügbar sind. In diesem Zusammenhang gilt es, auf die Entwick-

lung des Gold- und Devisenbestandes der Nationalbank in den letzten Jahren hinzuweisen. Der ständige Zufluss von Währungsreserven ermöglicht ein stabiles Zinsniveau, ungeachtet des grösseren Geldbedarfes zur Bewältigung der Güterumsätze. Seit Kriegsende haben sich die gesamten schweizerischen Währungsreserven — von Bund und Notenbank zusammen — von 4870 Millionen Ende April 1945 auf 6196 Ende Juni 1946 um 1326 Millionen erhöht.

Zusätzliches Kapitalangebot, das sich neben den laufenden Ersparnissen geltend macht, dürfte zur Hauptsache aus H o r t e n stammen. Im Laufe des Berichtsjahres hat die Hortungstendenz stark abgenommen, viele brachliegende Bestände an Bar- und Bankgeld kamen und kommen weiterhin für Investitionen zum Einsatz. Daraus ist eine Zinsabschwächung durchaus erklärbar. Als Rückwirkung dieser Tatsache ergibt sich naturgemäss wieder eine Tendenz zum Rückgang der Obligationenrendite.

Der schweizerische Aktienmarkt hat im ersten Nachkriegsjahr eine ausgesprochen feste Haltung an den Tag gelegt. Der Gesamtaktienindex ist von Ende April 1945 bis anfangs August 1946 von 184 auf 243, der Industrieaktienindex im gleichen Zeitraum sogar von 292 auf 369 gestiegen. In Berücksichtigung, dass der zweite Weltkrieg viel grössere Lücken in den Güterbestand der Welt gerissen hat als der erste und sonach mit einer längeren Dauer des Konjunkturauftriebes zu rechnen ist, und dass zudem die Kurse bei Kriegsende stark gedrückt waren, kann die bisherige Aufwärtsentwicklung als durchaus natürlich beurteilt werden.

Die im Juli dieses Jahres erfolgte Aufwertung des kanadischen Dollars und der schwedischen Krone zur Verhinderung unerwünschter Preissteigerungen, von der selbstverständlich alle jene Länder betroffen werden, die mit den beiden genannten Staaten einen namhaften Handel treiben, hat plötzlich bei uns eine lebhafte Diskussion über

die W ä h r u n g s f r a g e

verursacht. Der Gedanke, ob nicht die Schweiz dem Beispiel Schwedens folgen solle, fand in der Oeffentlichkeit ein starkes Echo. Die Gegner einer solchen Massnahme wiesen indessen mit Nachdruck darauf hin, dass sich mit Rücksicht auf die andersgearteten Aussenhandelsbeziehungen dieses Problem bei uns nicht mit der gleichen Dringlichkeit wie in Schweden stelle. Auch der Bundesrat liess sich von solchen Erwägungen leiten, und deshalb erklärte er, für den Augenblick sei eine Aufwertung des Schweizerfrankens nicht aktuell.

Was bestimmte denn Schweden zur Aufwertung seiner Währung? Einzig und allein der Gedanke, auf diese Weise einem weiteren Preisauftrieb entgegenzuwirken! «Die Aufwertung der

schwedischen Krone, die Mitte Juli durchgeführt wurde» — so schreibt man uns aus Schweden —, «hat ihre Ursache vor allem in der ungleichen Entwicklung zwischen den heimischen und den Importpreisen, die zu einer Gefahr für die schwedischen Preise wurden.» ... «Die Aufwertung der Krone mit 14 Prozent ist insbesondere als eine Valutaschutzmassnahme gegen befürchtete Importpreissteigerungen anzusehen, die hauptsächlich auf die um die Jahresmitte in den Vereinigten Staaten durchgeführte Aufhebung der Preiskontrolle und die sich daraus ergebende unberechenbare Entwicklung zurückzuführen ist...» Man sieht, beim Entscheid über die Revalorisierung der Schwedenkrone gaben preis- und konjunkturpolitische Erwägungen den Ausschlag. Allerdings konnte Schweden die Aufwertung seiner Währung um so leichter durchführen, als es seinen früheren Abwertungsgewinn nicht verteilt hatte und somit auch keinen Verlust an seinem Goldbestand erlitt. Soweit man die Situation von heute beurteilen kann, scheinen die mit dem schwedischen Währungsexperiment verbundenen Erwartungen auf greifbare und weitreichende Resultate nicht erfüllt worden zu sein, jedenfalls hat sich die übereilte Hoffnung, dass innert kurzer Zeit wesentliche Preissenkungen möglich würden, als falsch erwiesen.

Ob sich in anbetracht der konjunkturellen Entwicklung auch in unserem Lande eine Aufwertung des Frankens aufdrängt, kann weder eindeutig bejaht noch verneint werden. Gerade die Diskussionen, die trotz des ablehnenden Entscheides des Bundesrates nach wie vor in der Oeffentlichkeit geführt werden, manifestieren die verschiedensten Auffassungen, von der grundsätzlichen Bejahung der Aufwertung bis zur konsequenten Ablehnung. Uns scheint, dass man vorerst einmal die internationale und insbesondere die amerikanische Preisentwicklung abwarten soll, bis man sich zu einem solchen Schritt entscheidet. Dabei sei man sich aber bewusst: durch Währungsmanipulationen kann wohl die Konjunktur beeinflusst, jedoch niemals gelenkt werden; hiezu bedarf es einer Koordination von Massnahmen auf allen die Wirtschaft beeinflussenden Gebieten.

Angefacht wurde die Diskussion über den Schweizerfranken durch die Entwicklung des

Aussenhandels

seit Kriegsende. Uns zeigt sich ein ähnliches Bild wie schon nach dem ersten Weltkrieg. Damals begann mit dem zweiten Vierteljahr 1919 für den auswärtigen Handel eine Periode der Nachkriegskonjunktur: die Ein- und Ausfuhr schnellten rasch in die Höhe, sowohl mengen- wie wertmässig. Die Angaben über den Aussenhandel der Schweiz im ersten Nachkriegsjahr 1945/46 lauten aber noch günstiger. Der preisbereinigte und gewogene Mengenindex bei der Ein- und Ausfuhr hat in der jüngsten Vergangenheit das Niveau von 1938 nicht nur erreicht, sondern in einzelnen Monaten um einiges überschritten.

Preisbereinigte Aussenhandelsindices.

(1938 = 100.)

	Einfuhrindex	Ausfuhrindex
1945:		
Juli	25	65
August	28	64
September	30	60
Oktober	48	74
November	64	75
Dezember	89	70
1946:		
Januar	80	66
Februar	88	80
März	107	99
April	98	93
Mai	101	105
Juni	104	96
Juli	106	121
August	100	96

Ungewöhnlich stark gestiegen ist die Einfuhr, was im Hinblick auf die ungünstige Versorgungslage unseres Landes bei Kriegsende einer absoluten Notwendigkeit entspricht. Immerhin werden wir noch bei weitem nicht derart beliefert, wie es notwendig wäre, um alle Mangerscheinungen in der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung zu beseitigen.

Grösseren Anteil an der konjunkturellen Entwicklung unseres Landes seit Kriegsende hat aber die Ausfuhr. Die Schweiz erfreut sich zur Zeit einer ausgesprochenen Exportkonjunktur, die es bewirkt hat, dass mancherorts schon der Ruf nach einer Drosselung der konjunkturellen «Uebertreibung» ertönt. Sofern man nur auf die Exportziffern abstellt, vor allem auf den mengenmässig und preisbereinigten Ausfuhrindex, so lässt sich wohl sagen, dass der Export als solcher bis jetzt keinen anormalen Umfang angenommen hat. Neben dem sichtbaren muss hingegen auch der unsichtbare Export in den Kreis der Betrachtung gezogen werden, zu welchem die Käufe der amerikanischen Urlauber und besonders der ausländischen Feriengäste zu zählen sind. Auf diese Weise laufen wir Gefahr eines regelrechten Ausverkaufs, der uns wohl mehr Geld ins Land bringt, dafür aber eine kleinere Gütermenge hinterlässt und der das Preisniveau im Inland in die Höhe treibt. Trotz verbesserter Versorgungslage im ersten Halbjahr 1946 besteht fernerhin ein Missverhältnis zwischen realer Güterversorgung und aufgestaumtem Nachholbedarf, so dass bei steigendem Export die ausreichende Versorgung des Inlandmarktes nicht möglich ist. Die Produktionskapazität der schweizerischen Wirtschaft ist zu klein, um der Nachfrage des Auslandes nach unsern Erzeugnissen entsprechen und zugleich den inländischen Bedarf befriedigen zu können. In diesem Rahmen muss der Anteil der Exportwirtschaft

an der derzeitigen Konjunkturüberspitzung gesehen werden. Angesichts der günstigen Absatzmöglichkeiten ist die Exportindustrie bestrebt, ihren Produktionsapparat auszudehnen, indem sie Materialien und Produktivkräfte sowohl für die laufende Produktion als auch für Investitionen beansprucht, womit dieser Wirtschaftszweig die Ueberkonjunktur und Ueberbeschäftigung viel stärker fördert, als bei blosser Berücksichtigung der Exportziffern erscheinen mag. Obwohl zahlenmässige Angaben über den Umfang dieser Investitionen fehlen — selbst approximative Berechnungen stehen nicht zur Verfügung —, kann doch mit Sicherheit angenommen werden, dass sie über denjenigen der Vorkriegsjahre liegen. Sonst wäre es unverständlich, weshalb bei einem Export in der ungefähren Höhe der Vorkriegszeit über 300 000 Arbeitskräfte mehr beschäftigt sind. Infolge der aussergewöhnlich günstigen Lage bezahlt die Exportindustrie etwas bessere Löhne als auch schon, dadurch wird das Kaufkraftvolumen eines grossen Teiles unserer Bevölkerung erhöht und somit letzten Endes die ganze Wirtschaft — einschliesslich die Inlandwirtschaft — befruchtet; andererseits bewirkt der Export, da er in seinen Preisforderungen durch keine Schranken eingeeengt ist, einen Preis- und Lohnauftrieb auf die übrige Wirtschaft. Benachteiligt wird dadurch die Inlandwirtschaft, welcher die für einen ungestörten Produktionsgang notwendigen Arbeitskräfte entzogen werden.

Aber auch von seiten des Importes entstehen der schweizerischen Wirtschaft Gefahren hinsichtlich des inländischen Preisgefüges. Infolge der Preishausse in den Vereinigten Staaten steigen die Preise auf dem Weltmarkt ganz allgemein. Für die Schweiz, die bekanntlich einen ansehnlichen Teil ihrer Lebensmittelbezüge und fast alle Rohstoffe aus dem Ausland beziehen muss, wird der Import verteuert und demzufolge auch das inländische Preisgefüge ungünstig beeinflusst. Unser Land kann sich dieser aufsteigenden Preiswelle der Weltwirtschaft nicht entziehen, es sei denn, man zöge eine Aufwertung des Schweizerfrankens oder wenigstens die Freigabe des Dollarkurses in Erwägung.

Die Verhältnisse im Aussenhandel lassen mehr und mehr die

P r e i s f r a g e

zum gefährlichen Angelpunkt der künftigen Entwicklung unserer Wirtschaft werden. Nachdem das Preisniveau seit zwei Jahren ziemlich stabil geblieben ist, stehen wir ganz offensichtlich vor einer neuen Teuerungswelle. Es sei zwar zugegeben, dass bis heute, dank der Preiskontrolle und der Rationierung, die Preise noch lange nicht so stark gestiegen sind wie nach dem ersten Weltkrieg, wo die Teuerung rund 120 Prozent gegenüber 1914 betrug. Im Gegenteil, die Preislage verzeichnet Mitte 1946 gegenüber 1945 eine allerdings sehr minime Abschwächung. Die amtlichen Indexzahlen im Gross- und Kleinhandel betragen:

Index der Kosten der Lebenshaltung.

(1914 = 100.)

	Gross- handel	Gesamt- index	davon :		Brenn- und Leuchtstoffe	Miete
			Nahrung	Bekleidung		
			1914 = 100			
1939	111	138	132	121	116	174
1944	223	208	215	247	158	175
1945	221	209	215	254	163	176
1945:						
Juli	222	210	217	254	165	176
August	223	210	216	254	165	176
September	222	210	216	254	165	176
Oktober	220	208	213	257	165	176
November	219	207	210	257	166	176
Dezember	214	207	210	257	166	176
1946:						
Januar	215 *	207	210	257	167	176
Februar	213	206	208	257	167	176
März	214	205	206	257	167	176
April	213	205	206	258	167	176
Mai	213	206	208	258	168	178
Juni	213	207	209	259	170	178
Juli	214	207	209	259	170	178

* Mit vorangehenden Ziffern nicht direkt vergleichbar.

Die vorstehenden Zahlen beweisen, dass sich die Hoffnungen auf eine spürbare Preissenkung nach Kriegsende als illusorisch erwiesen haben. Der Versuch einer Verbilligung der Preise, vor einem Jahr durch eine grosse Aktion gefördert, ist gescheitert. Statt Preissenkung haben seit dem Frühjahr 1946 sowohl die Inlandgrosspreise als auch die Lebenskosten neuerdings angezogen. Die Teuerungstendenz wird nun noch verstärkt durch den Beschluss des Bundesrates, der, dem Druck der Milchproduzenten nachgebend, einer Erhöhung des Milchpreises um 3 Rappen pro Liter zugestimmt hat. Dieser Preisaufschlag bewirkt automatisch eine Verteuerung des Butter- und des Käsepreises. Ueberdies wird er mit grösster Wahrscheinlichkeit auch die Verteuerung der Schlachtviehpreise nach sich ziehen. Der einen Drehung der Inflationsspirale folgen somit weitere Drehungen.

Nun sind wir sicher die letzten, die den Bauern einen angemessenen Verdienst vorenthalten wollen. Selbstverständlich soll die Landwirtschaft, wie es übrigens jeder andere Wirtschaftszweig auch tut, die Steigerung der Erzeugungskosten in die Preisberechnungen einkalkulieren können. Nur muss sie auch anerkennen, dass die Erhöhung ihres Einkommens nicht einseitig zu Lasten anderer Volkskreise gehen darf. Wenn wir demnach das Begehren der Bauernschaft, wenigstens im geforderten und auch in dem vom Bundesrat beschlossenen Ausmass, ablehnen, so geschieht dies sicherlich nicht in der Absicht, jenen kapitalistischen Kreisen bei-

zufpflichten, die in der Milchpreiserhöhung wegen ihrer mittelbaren Folgen auf die Produktionskosten eine schwere Gefahr für die Industrie erblicken. Wir richten uns deswegen gegen diesen Aufschlag, weil er in allererster Linie das arbeitende Volk hart trifft. Niemand wird bestreiten wollen, dass die organisierte Arbeiterschaft den bauerlichen Begehren den ganzen Krieg hindurch weitgehendes Verständnis entgegengebracht hat; eine wirtschaftliche Besserstellung gegenüber der Krisenzeit der dreissiger Jahre hat man den Bauern wohl gegönnt. So konnten sie ihr Realeinkommen seit 1939 nicht unwesentlich verbessern; der Reinertrag landwirtschaftlicher Unternehmungen steht nach den Erhebungen des Schweizerischen Bauernsekretariates im Jahre 1945 durchschnittlich um 70 Prozent über demjenigen bei Kriegsausbruch, während in der gleichen Zeit den Arbeitern und Angestellten ganz erhebliche materielle Opfer zugemutet wurden. In dieser Richtung geht auch der neue Preisaufschlag. Soweit der Reallohn der Vorkriegszeit erreicht wurde, entsteht wiederum eine Diskrepanz zwischen Preisen und Löhnen, und diejenigen Kategorien der Arbeitnehmerschaft, insbesondere das öffentliche Personal und die Angestellten, die den Ausgleich nicht erreicht haben, geraten jetzt noch weiter ins Hintertreffen. Nicht das Unternehmertum aus Handel und Industrie, das aus der gegenwärtigen Konjunktur Riesengewinne zieht, wird von dieser Teuerung betroffen, sondern alle jene, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem ohnehin schon die Betroffenen sind, herrsche nun Krise oder Hochkonjunktur, und die meistens nicht viel mehr verdienen, als zur Bestreitung der dringlichsten Bedürfnisse notwendig ist.

Unsere ablehnende Haltung gegenüber dem Preisaufschlag der Milchprodukte in einem solchen Umfang findet ferner ihre Begründung in allgemein volkswirtschaftlichen Erwägungen. Das seit dem Kriegsende sich herausgebildete Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen wird wieder ernsthaft bedroht. «Die Frage der Haltung des Preisniveaus», so mahnt Prof. Marbach eindringlich, «ist jetzt die wichtigste Frage der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Von der Lösung der Preisfrage hängt es ab, ob der schon leicht inflationierte Franken ein richtiger Inflationsfranken wird oder nicht.» In unserem derzeitigen Wirtschaftssystem folgt jeder Preiserhöhung über kurz oder lang eine Lohnerhöhung, und dieser wieder eine Preiserhöhung, wodurch die künftigen Aussichten unserer Wirtschaft aufs schwerste gefährdet sind, vorab die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie im Ausland. Heute, bei dem enormen Warenmangel, spielt der Preis keine entscheidende Rolle; später aber wird er wieder ausschlaggebend werden für die Absatzmöglichkeiten im Ausland.

Es wird zwar vielfach behauptet, die Entwicklung des allgemeinen Lohnniveaus sei für die Erhöhung der Preise verantwortlich. Betrachtet man jedoch die Gestaltung der

L ö h n e

seit Kriegsende und zieht man zu diesem Zwecke die Erhebungen des BIGA über die realen Stundenverdienste zu Rate, so wird man alsobald die Haltlosigkeit dieser Behauptung gewahr. Die entsprechenden Zahlen lauten:

		Index der Stundenverdienste	
		nominal	real
August 1939		100	100
Juni 1945		144,2	93,7
Juli		146,5	95,5
August		146,5	95,5
September		146,5	95,5
Oktober		151,1	99,9
November		151,1	99,9
Dezember		151,1	99,9
Januar 1946		154,4	103,0
Februar		154,4	103,0
März		154,4	103,0
April		159,4	105,1
Mai		159,4	105,1
Juni		159,4	105,1

Der Index der nominellen Stundenverdienste steht Ende Juni um 59,4 Prozent über dem Niveau des Zeitraumes Januar/August 1939. Da sich gleichzeitig die Kosten der Lebenshaltung um 51,6 Prozent erhöht haben, steht der durchschnittliche Reallohn der Industriearbeiterschaft um 5,1 Prozent über dem unmittelbaren Vorkriegsniveau. So sehen die « gewaltigen » Lohnverbesserungen aus, die in Wirklichkeit noch niedriger sein dürften, da es sich bei den Erhebungen des BIGA um eine sehr unvollkommene Statistik handelt. Zweifelsohne sind noch bei gewissen Arbeitnehmerschichten Reallohneinbussen gegenüber der Vorkriegszeit einzuholen.

Als Mindestforderung müssen wir es betrachten, dass unverzüglich alle Lohnverdiener in den Genuss des Vorkriegsreallohnes kommen. Aber damit kann und will sich die Arbeiterschaft nicht begnügen. In einer Zeit der Hochkonjunktur, die den Unternehmer und Kapitalisten masslos bereichert, ist es nicht mehr als recht und billig, wenn auch der Arbeitnehmer seine soziale Lage verbessern kann, was bis jetzt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht der Fall ist. Vom gerechten Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung lässt sich die organisierte Arbeiterschaft nicht abbringen, auch nicht durch gewisse Falschmeldungen, indem die heutige Teuerung auf die mehr als bescheidenen Lohnerhöhungen zurückzuführen gesucht wird. Dabei war doch die Sache so, dass gleich zu Beginn des Krieges die Kosten der Lebenshaltung stiegen, während die Löhne anfänglich stehenblieben und erst im Laufe der Zeit der Teuerung angeglichen wurden. Die Erhöhung des Preisniveaus hat den Arbeitslohn entwertet, umgekehrt aber die Profitspanne vergrößert. Die mehr oder weniger starke Reallohneinbusse

berechtigt die schweizerische Arbeiterschaft, höhere als der Teuerung entsprechende Löhne zu fordern; denn durch die blosse Wiederherstellung des Reallohnes von 1939 kommt sie niemals in die Lage, den Nachholbedarf von Gebrauchsartikeln, der infolge mangelnden Verdienstes während sechs Jahren entstanden ist, zu decken.

Keinenfalls ist aber dem Arbeitnehmer gedient, wenn die Lohnerhöhungen einfach durch Preiserhöhungen ausgeglichen werden. Damit wird nur die inflatorische Spirale in Bewegung gesetzt; es kommt zu einem Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen, der mit einer schweren wirtschaftlichen Erschütterung enden muss. Um dies zu verhindern, bedarf es einer Neuorientierung unserer Wirtschaftspolitik. Ohne Veränderung des heutigen Lohnverhältnisses kann der Arbeitnehmer unmöglich zu seinem berechtigten Reallohn kommen, so umschrieb unlängst Prof. Böhler die gegenwärtige Situation. Der soziale Ausgleich kann nur mittels erhöhtem realem Anteil des Lohnverdieners am wirtschaftlichen Ertrag herbeigeführt werden. Die moderne Vollbeschäftigungslehre weist hiezu den Weg. Sie sieht Lohnerhöhungen auf Kosten der Profitrate vor, die mit wirtschaftlich-politischen Mitteln eingeengt und letztlich ausgeschaltet werden soll. Auf diese Weise ist die Gefahr eines inflationistischen Preisauftriebes gebannt. Eine andere Möglichkeit, das Problem von Preis und Lohn zu lösen, ohne dass die inflatorische Spirale in Bewegung gesetzt wird, besteht in der Intervention des Staates in das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der die konjunkturellen Uebergewinne wegsteuert und diese auf indirektem Weg den Arbeitnehmern zuführt, indem die so gewonnenen Mittel für soziale Zwecke und zur Senkung der Lebenskosten verwendet werden. Aber eben, um solche Vorschläge zu realisieren, bedarf es einer Regierung, die unabhängig von kapitalistischen Interessen nur dem allgemeinen Wohlstand des Volkes zu dienen gewillt ist.

*

Welche Lehren können wir aus den Erfahrungen des ersten Wirtschaftsjahres der Nachkriegszeit ziehen? Wie gesagt, begann in der Schweiz, als der Krieg zu Ende ging, anstatt der befürchteten Arbeitslosigkeit jene Hochkonjunktur, die die Wirtschaft seit einem Jahr auf höchsten Touren laufen lässt; und auch alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die günstige Konjunktur weiter andauern wird. Solange im In- und Ausland die Güterversorgung in keinem richtigen Verhältnis zur Nachfrage steht, braucht man keine ernsthaften Rückschläge zu befürchten. Selbst wenn der Bedarf in einigen Ländern Europas oder in den USA in zwei, drei Jahren gedeckt sein wird, ist dies in grossen Wirtschaftsräumen noch lange nicht der Fall.

Zweifellos hat aber die gegenwärtige Hochkonjunktur unserer Wirtschaft neben vielen Licht- auch nicht unbedenkliche Schattenseiten. Im abgelaufenen Berichtsjahr zeigten sich Probleme — Teuerung, Lohn- und Preiskämpfe, durch die Kauflust der Fremden hervorgerufene Mangelercheinungen —, die sich nachgerade zu grossen Problemen unserer schweizerischen Wirtschaftspolitik auszuwachsen drohen. Diesen gefährlichen Erscheinungen in unserem Wirtschaftskörper zu begegnen, braucht es eine zielbewusste Konjunkturpolitik. Doch bis jetzt ist von einer solchen wenig zu verspüren, ebensowenig wie zur Zeit der grossen Krise in den dreissiger Jahren; die Wirtschaftspolitik des Bundes von damals wie heute zeichnet sich vielmehr durch ihre Richtungslosigkeit aus. Im Besitzbürgertum verspürt man nicht wenig Genugtuung an der Hilflosigkeit des Bundesrates zur Meisterung der wirtschaftspolitischen Situation. Nicht umsonst schreibt der Wochenbericht des Bankhauses Julius Bär (Nr. 36): « Wie viel einfacher wäre es, wenn schon der Staat die Quadratur des Kreises nicht zu lösen vermag, der Wirtschaft freiere Hand zu geben! »

Wir aber fordern vermehrte staatliche Planung und eine starke Hand in jenen Fragen, wo es um Gesamtinteressen geht. Der Bundesrat muss sich entscheiden, ob er überhaupt noch eine Wirtschaftspolitik treiben oder ob er sich zurückziehen will. Fällt seine Wahl auf das erstere, dann muss er die Richtung seines Marsches angeben. Allerdings darf man von solchen Bestrebungen nicht allzu viel erwarten, kann man doch in einer kapitalistischen Wirtschaft das Heraufbrechen einer Krise so wenig verhindern, wie mit dem Zurückstellen des Uhrzeigers der Wechsel von Tag und Nacht. Aktive Konjunkturpolitik ist in unserer Wirtschaftsordnung nicht möglich, weil strukturelle Aenderungen struktureller Wille voraussetzt, wie sich die « Gewerkschaftskorrespondenz » vor kurzem ausdrückte. Da dieser strukturelle Wille fehlt und auch die politischen Voraussetzungen in unserem Lande noch nicht erfüllt sind, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung in unserem Land in eine genossenschaftlich-sozialistische Planwirtschaft umzuwandeln, muss die organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft die Behörden zwingen, das zu tun und vorzukehren, was nicht gruppenegoistischen Sonderinteressen, vielmehr dem gesamten Schweizervolke dient. Caveant consules!
